

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Bestellt wird mit Wilsdruff der Fern- und Festnetz nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Preis pro Blatt bei Bestellungen monatlich 4 Mk., bei Wilsdruff 3,50 Mk., bei Fernbestellungen 4,50 Mk., auf den Lande 4,50 Mk., bei Postbestellungen 13,50 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Bestellungen sowie unsere Zeitungen und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen ist der Verlagler keine Haftung auf Lieferung der Zeitung oder Abgabe des Zeitungspreises.



Zeitungspreis 1 Mt. für die gewöhnliche Kopierzeit oder deren Raum, Leihpreis 60 Pfg., Restsumme 2,50 Mt. Bei Abbestellung und Jahresausgabe entsprechende Preisnachlässe. Bekanntmachungen im engeren Teil (nur von Behörden) die 2. Spalte Kopierzeit 3 Mt., Anzeigenpreis 50 Pfg. Anzeigenannahme bis vorabends 10 Uhr. Für die Rückgabe der durch Fernpost übermittelten Kopien übernimmt die Postverwaltung. Jeder Abbestellungspreis ist zu zahlen, wenn der Betrag durch Kasse eingezogen werden muß oder der Abbesteller in Kasse gezahlt.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weissen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Fichunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inserenten: Arthur Fichunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 12.

Sonnabend den 15. Januar 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Kartoffelverkauf, zentnerweise Abgabe von Vertragskartoffeln zu 35 Mark für den Zentner, findet Montag den 17. d. M. von 1—4 Uhr in der neuen Schule statt.

Wilsdruff, am 14. Januar 1921. 1920 Der Stadtrat. — Kreiswirtschaftsamt.

Fettverteilung.

Das Wirtschaftsministerium hat durch Verordnung vom 31. Dezember 1920 — Nr. 1834 V L A V I — die Ausgabe von Butter in sämtlichen Uberschußbezirken in der Woche vom 16. bis 22. Januar 1921 unterlagt und die Abgabe der dadurch ersparten Butter an die Landesfettstelle zur Belieferung der Zuschußkommunalverbände angeordnet. Im Kommunalverband Weissen Stadt und Land werden daher auf die Zeit vom 17. bis 23. Januar 1921 50 g Schmalz als Vorkaufspris auf den Abschnitt H der Landesfettkarte ausgegeben. Die Krankenbutterkarten sind gleichfalls mit 50 g Schmalz zu beliefern.

Der Preis für das Pfund Schmalz beträgt 17,50 Mk. Der Kommunalverband weist darauf hin, daß weder die Gemeindebehörden noch die Mitglieder der örtlichen Ernährungsausschüsse oder die Verkaufsstelleninhaber das Recht haben, die Ausgabe von Butter anstatt von Schmalz zu veranlassen. Wer unbefugte Butter abgibt oder sonst unbefugt über sie verfügt, wird nach § 35 der Speiseerbsenverordnung vom 30. Juli 1916 mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit

Selbststrafe bis zu 10000 Mark oder mit einer dieser Strafen belegt. Diese Strafen treten ein, sofern nicht nach den allgemeinen Vorschriften des Strafgesetzbuchs noch härtere Strafen wegen Mäßigung, Bedrohung usw. verhängt werden müssen.

Die Verteilungsstellen haben ihren Bedarf an Schmalz unverzüglich der Butterzentrale Weissen, Wilmische Gasse, anzumelden.

Weissen, am 13. Januar 1921.

Nr. 5 II O.

Kommunalverband Weissen-Stadt und Land.

Grumbach. Sonnabend den 15. Januar von vormittags 8 bis nachmittags 2 Uhr Ausgabe der neuen Brot-, Milch- und Butterkarten in der üblichen Reihenfolge im Gemeindeamte.

Grumbach, am 14. Januar 1921.

Der Gemeindevorstand.

Reffelsdorf.

Sonnabend den 15. Januar vormittags von 12 bis 1/2 3 Uhr Ausgabe der neuen Brotkarten, Landesfettkarten und Vollmilchkarten. Die vorgeschriebene Zeit ist unbedingt inne zu halten.

Reffelsdorf, am 14. Januar 1921.

Der Gemeindevorstand.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Nach einer Erklärung des Reichsfinanzministers Dr. Wirth ist zur Vereinfachung des Besitzes eine ganze Anzahl neuer Steuern nötig.

* Die Verhandlungen wegen Erhöhung der Vergütung der Abgeordneten werden in Berlin weitergeführt unter Eröffnung einer Kommission zur Erörterung.

* Die Unterkommission Subsidien der Interalliierten-Kommission hat unter Ablehnung jeglichen Schadensersatzes einen Entschädigungssatz für die Eisenbahnen des besetzten Gebietes erlassen.

Schärfere Tonart.

In Paris hat wieder einmal der Chauvinismus eine Orgie gefeiert und das ganze Kabinett Leagues auf dem Altar unentwegter Bedenke geopfert. Mit 413 gegen 225 Stimmen — einer noch nicht dagewesenen Mehrheit — hat ihm die Kammer den Stuhl vor die Tür gesetzt und ihm damit attestiert, daß er nicht der geeignete, der starke Mann sei, die Interessen Frankreichs auf der bevorstehenden Wiedergutmachungskonferenz gegenüber Deutschland und — England zu vertreten. Man ließ ihn stolpern über die Interpellation Wolanowski über die Finanzpolitik der Regierung, die Interpellation Radnand über die Entwaffnung Deutschlands und die Interpellation Dreyfus über die allgemeine Politik der Regierung, deren sofortige Beantwortung Leagues im Hinblick auf die unmittelbar bevorstehende Konferenz der Alliierten in Paris ablehnte. Das Kabinett Leagues wackelte schon lange, beinahe hätte es Weidenblätter nicht mehr überlebt, denn die unter drei verschiedenen Parolen des unbedingten Nationalismus zustandgekommene neue Kammer war mit seinen Reden und Leistungen gegenüber dem gedemütigten Deutschland noch lange nicht zufrieden. Der Woche begab sich alles, nicht nur die Wiedergutmachungssumme von ungläublichen Dimensionen, sondern auch den Abbruch und die Zigaretten des letzten Franzosen bis in alle Ewigkeit.

Leagues konnte aber wollte das nicht. Er wurde auch fast gebremst von seinen Bundesgenossen England, Italien und die Vereinigten Staaten. Diese blieben weiter als ihre Nasenspitze und sahen mit Grauen, wie die Weisheit der französischen Sadisten den abgehenden Gaul Europa unweigerlich in einen Abgrund hineintreibt, aus dem es kein Wiederherauskommen gibt. Also mahnte und warnte man, und Uncle Sam zog sich überhaupt zurück, um nicht mit in den Abgrund hineingezerrt zu werden. Leagues sah in der Joidankühle. Auf der einen Seite keine chauvinistische Einseitigkeit mit ihrem: „Auge um Auge, Zahn um Zahn“, auf der anderen das Gewissen der Welt. Er versuchte sich mit einem Notendombardement auf Berlin aus der Affäre zu ziehen. Daß alles nichts! West den Schwächling in die Wollschicht, brüllte der Chor des „nationalen Wastes“. Her mit dem starken Mann, der dem Volke endgültig den Garau macht. Ein Napoleon an Lücke, List, Verschlagenheit und brutaler Kraft soll kommen, um die Dentarbeit zu verrichten.

Wer wird nun der Vertreter der härteren Tonart sein? Das Rätselraten hat begonnen. Da Bescheidenheit keine Tugend französischer Politiker ist, so hat sich der Kammerpräsident Raoul Peret durch eine Ansprache an die Kammer in empfehlende Erinnerung gebracht: „Das Land muß die positiven Folgen des siegreichen Krieges mit größerer Klarheit vor Augen sehen. Dieser Friede gewährt aber noch kein Recht, sich zur Ruhe zu setzen.“ Das ist die Lösung und das Kampfgeschrei, wie es der Franzose braucht. In diesem Zeichen werden wir weiter gehen, meint Herr Peret. Man lasse sich nur auf Deutschland los; ich werde die Sache schon machen! Weiter nennt man auch Viviani, den verlassenen Ministerpräsidenten, und den Expräsidenten Poincaré, der ja als langst approbierter Deutschhasser und der Hauptminister des Weltkrieges bekannt ist. Jedenfalls hat

Deutschland von dem neuen Kabinett, mag es heißen wie es will, nichts Günstiges zu erwarten. Man hat eben, wie schon oben erwähnt, dem französischen Volk solange etwas vorgebetet von der buchstäblichen Durchführung aller Bestimmungen des Vertrages von Versailles, man hat irrsinnige Summen, die Deutschland zahlen soll, in den französischen Etat eingebaut, sich solange in dem Gedanken an die Allmacht des „glorreichen“ Frankreichs in Europa gewiegt, daß dieser Rückschlag kommen mußte.

Neue Reichssteuern.

Das Faß der Danaiden.

In einer Unterredung mit einem Pressevertreter erklärte Reichsfinanzminister Dr. Wirth, daß die Mehraufwendungen für die Beamten das Reich mit jährlich 3,8 Milliarden belasteten. Für die Länder und Gemeinden käme eine fast gleiche Belastung in Frage. So würde es schließlich darauf hinauslaufen, daß das Reich auch den Mehraufwand für Beamtenabfindung der Länder und Gemeinden übernehmen müssen, in der Form, daß das Reich die neuen Steuerquellen erschließen und die Erträge aus den Steuern zum Teil an die Länder bezugeben. Gemeindegeldern werden. Insofern wird also die gesamte Mehrlast von vielleicht rund acht Milliarden Mark das Reich treffen. Weiter sagte der Minister:

Es ist bekannt, daß wir schon für den Haushalt für 1921 mit einem Defizit von rund 7 Milliarden rechnen. Es werden also im ganzen 15 Milliarden neu aufzubringen sein. Das wird nur möglich sein durch eine Steigerung der Einnahmen aus den Eisenbahnen, sowie aus dem Post- und Telegraphenverkehr, also durch eine Erhöhung sowohl der Personen- wie Gütertariife und eine Erhöhung der Brief-, Telegramm- und Telephongebühren. Um die werden wir nicht herumkommen, aber sie allein wird nicht reichen. Neue Steuern werden hauptsächlich für die Deckung sorgen müssen. Welche Steuerquellen in Frage kommen, das ist noch Gegenstand von Erwägungen.

Im finanzpolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrates — jagte Dr. Wirth weiter — ist die Junggeheulsteuer angeregt worden. Ihr Erträgnis würde jedoch nur gering sein. Weit höhere Erträgnisse würden aus einer Erhöhung der Kopfsteuer, die bis zum 1. März gilt, aus einer Erhöhung der Umsatzsteuer, aus der Einführung einer Zuckersteuer fließen. Auch kämen Staatsmonopole in Betracht.

Hungernde Gefandten.

Die polnische Hölle.

Wegen unzureichender Ernährung in Warschau hat die polnische Gesandtschaft die polnische Hauptstadt verlassen und die Vorkas nach Danzig verlegt. Infolge der großen Lebensmittelnot in Warschau hat der polnische Ministerpräsident Wlodek an den polnischen General-Kommissar in Danzig das Ersuchen gerichtet, die in Danziger Hafen für Polen ankommenden Lebensmittel so schnell wie irgend möglich nach Polen zu transportieren.

Wie trübe es tatsächlich in Polen aussieht, deutet eine Waderewski nabeziehende Warschauer Zeitung an, indem sie schreibt: „Der vierte Teil unserer Helder liegt brach, die Hälfte unserer Fabriken ruht, unsere Städte versinken in Finsternis, unsere Einwohner hungern und sind alles dessen beraubt, woran ein Kulturmenschen gewöhnt ist. Man friert von der Hütte bis zum Palais, weil es überall eng und dumm ist. Unsere Geschäfte und Kramläden sind leer, denn es gibt nichts zu handeln. Unsere Mark ist einen Pfennig wert. Wir genießen keinen Kredit und können uns nur noch damit trösten, daß 25 Monate eine kurze Zeitspanne für die Organisation eines Staates ausmachen, und daß Polen ein Wirtschaftselend durchmacht, das irgendwie einmal ein Ende nehmen muß.“

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

* Herabsetzung der amerikanischen Besatzungsstruppen. Wie aus Washington gemeldet wird, gab Staatssekretär Baker den Befehl zur Herabsetzung der amerikanischen Truppen in Deutschland von 15 300 auf 8000 Mann. Es ist möglich, daß die Truppen, die jetzt nach Amerika zurückgeschickt werden, mit jenen identisch sind, die ursprünglich für die Volksabstimmung in Oberschlesien bereitgestellt worden waren.

* Die Haftentlassung Schiffmanns. Die preussische Justizverwaltung ist in der Presse verschiedentlich gefragt worden, ob die Entlassung des zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilten Schiffmann mit ihrer Billigung geschehen sei? Hierzu teilt der amtliche preussische Pressedienst mit, daß Schiffmann vom Gericht aus der Haft entlassen wurde, noch ehe das Urteil Rechtskraft erlangte, weil er infolge einer Erkrankung nicht mehr haftfähig war. Als das Urteil rechtskräftig wurde, ist Schiffmann auf freien Fuß geblieben, weil dauernd seine Haftunfähigkeit bescheinigt wurde (die Ärzte erklärten, daß er dauernd haftunfähig sei). Als dann beim Justizministerium angefragt wurde, ob man vom Standpunkt der Strafrechtspflege Bedenken gegen die Erteilung eines Auslandspasses habe, wurde dies verneint, weil jetzt und in nächster Zeit die Strafe gegen Schiffmann wegen seiner Krankheit doch nicht vollstreckt werden könnte.

* Keine Sipo mehr! Der Hauptausschuß der Preussischen Landesversammlung nahm eine Reihe von Beschlüssen an, darunter den Nachtragshaushalt für die Schutzpolizei. Hierbei wurde darauf aufmerksam gemacht, daß es eine Sicherheitspolizei nicht mehr gäbe, daß es also irrtümlich sei, wenn in der Öffentlichkeit von einer solchen gesprochen würde.

* Sächsischer Antrag auf Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung. Die sächsische Regierung beantragte bei der Reichsregierung, die Erwerbslosenunterstützung auf täglich 15 Mark für Männer und angemessen auch für Frauen zu erhöhen. Die Unternehmer sollen dazu besonders herangezogen werden. Von mehrheitlich sozialistischer Seite wurde in der letzten sächsischen Landessitzung die Erhebung einer besonderen Erwerbslosensteuer von der Industrie gefordert, die nach der Höhe der Dividenden abgestuft werden soll.

* Auf der Suche nach dem Mörder Rosa Luxemburgs. Der Rechtsanwalt der Familie Luxemburg hat an die Berliner Oberstaatsanwaltschaft den Antrag gerichtet, auf Grund des Geständnisses des Jägers Kluge gegen eine Reihe von Personen, hauptsächlich Offiziere des Odenhotels, erneut das Strafverfahren einzuleiten wegen Anstiftung zum Mord. Mithraschaft am Verbrechen des Mordes, Begünstigung, Verbrechen der Rechtsbegünstigung (dies bezüglich des Kriegsgesichtsrats Jörn), Entweichenlassen von Gefangenen usw.

Deutsch-Osterreich.

„Osterreich ist tot, es lebe Deutschland.“ In der letzten Sitzung der Kommission für den Preisabbaun jagte Universitätsprofessor Wollan: „Uns kann nur geholfen werden, wenn der Ruf verwehrt wird, den die Regierung mit ihr zusammen erheben: „Osterreich ist tot. Es lebe Deutschland!“ Reichminister Werner stellte namens der Technischen Union zwei Anträge: 1. Einführung der Todes- und Prügelstrafe für Schieber. 2. Sofortige Durchführung der Urabstimmung über den Anschluß an Deutschland, und zwar soll der 1. März der Tag des Anschlusses sein.

Großbritannien.

Der Kleinkrieg in Irland. Nach einer Meldung aus Dublin ist das Mitglied des irischen Parlaments, Lynch, in seiner Wohnung verhaftet worden. Bei Lynch blieben